



Information der Belegschaftsliste

für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

Beschäftigungssicherungspakt – nur heiße Luft !?

Seit Monaten sitzen Vertreter der Bayer AG und des Gesamtbetriebsrates beisammen und brüten. Jetzt ist eine weitere Vereinbarung herausgekommen. Aufgrund der immer größeren bekannt werdenden Abbauzahlen bei den Arbeitsplätzen eigentlich eine richtige und wichtige Aktion.

Schlechte Erfahrungen

Wären da nicht die schlechten Erfahrungen mit den Standortsicherungsvereinbarungen 1 und 2: diese sind ebenfalls weitestgehend unter Ausschluss der Betriebsöffentlichkeit ausgekugelt worden. Sie haben den Beschäftigten viele finanzielle und soziale Nachteile eingebracht und eine echte Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen nicht vereinbart. Die auf der Freistellungsliste stehenden Beschäftigten aus dem Forschungszentrum erleben zur Zeit, wie sie und ihre Arbeitsplätze durch den Gesamtbetriebsrat „gesichert“ wurden.

Was wurde also dieses mal ausgebrütet?

1. Kosten reduzieren

In den Grundsätzen sind sich Bayer und der Gesamtbetriebsrat einig, dass der Umstrukturierungsprozess der Bayer AG sinnvoll durch Reduzierung der Kosten, auch durch Personalreduzierung, zu gestalten ist.

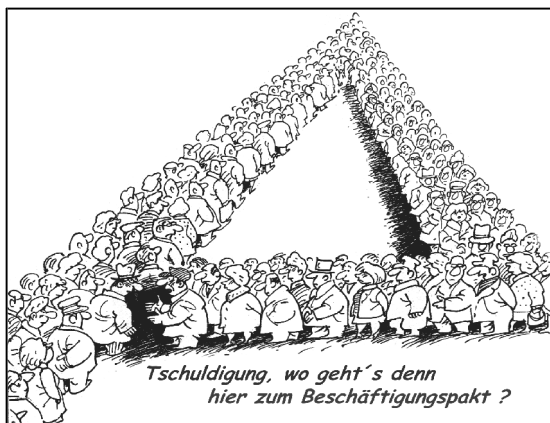
2. Flexibilisierung

Ein wesentlicher Punkt der neuen Vereinbarung ist der flexible, standortübergreifende Einsatz der Beschäftigten. Ohne finanzielle oder sonstige Verbesserungen zu vereinbaren, erwartet man, dass Mitarbeiter einem Wechsel des Arbeitsplatzes positiv und motiviert gegenüber stehen. Hier gelten für den Tarifbereich

weiter die Absprachen zum „Flexi – Pool / Bedarfsgerechte Einsätze“; diese wurden für Beschäftigte der Vertragsstufe 1 jetzt ebenfalls vereinbart.

3. Qualifizierung

Ohne inhaltliche Verbesserungen bettet man wie bisher den alten Text runter, wohlwissend, dass sich die alten Regelungen in der momentanen Situation weitestgehend nicht bewähren. Eine Qualifizierung soll sich am "absehbaren Bedarf" orientieren – da aber für eine ganze Reihe von Beschäftigten kein Bedarf in der Bayer AG in ihrem Beruf absehbar ist, ist diese Methode unbrauchbar.



4. Teilzeit

Arbeitszeitverkürzung durch Teilzeit soll Beschäftigungsprobleme lösen helfen. Und deshalb soll hier offensiv geworben werden. Eine Beschäftigungsunterbrechung (Sabbatical) soll jetzt möglich sein. Das sich einige Institutsleiter und Betriebsräte offen

gegen eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung gestellt haben, interessierte wohl in dieser Kommission nicht.

5. Mehrarbeit

Hier wurde wie bisher festgehalten, dass Mehrarbeit

grundsätzlich zu vermeiden ist. Allerdings gibt es für fast jede Situation eine Ausnahmeregelung, die Mehrarbeit doch wieder ermöglicht. Die bis in's Letzte flexibilisierten Gleitzeitregelungen, die Mehrarbeit im nennenswerten Umfang überflüssig machen, wurden gar nicht erst andiskutiert.

6. Fremdfirmeneinsatz

Bei entsprechender Qualifikation, Flexibilität, Mobilität und Kostenstruktur hat die Beschäftigung eigener Mitarbeiter prinzipiell Vorrang vor Fremdfirmeneinsatz. Trotzdem wird weiter ausgediebert.

7. Leiharbeit

Leiharbeit soll nach Möglichkeit durch die Beschäftigten aus dem Flexi-Pool vermieden werden.

8. Sozialverträglicher Personalabbau

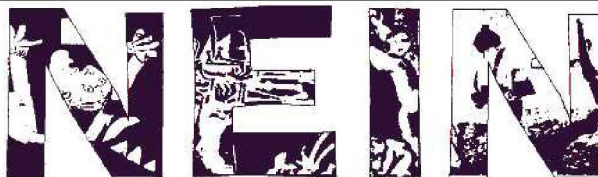
Hier werden Altersteilzeit, der sogenannte Früheruhestand und Aufhebungsverträge auch für jüngere Mitarbeiter aufgelistet. Neu sind Hilfestellungen für die Beschäftigten, die eine eigene Firma gründen wollen. (Der Pleiterekord aus 2002 lässt grüßen)

9. Kostensenkung / Kapazitätsanpassung

Bayer behält sich weitere Maßnahmen bis hin zur Kurzarbeit vor.

Zu den meisten Punkten wurden weitere Gespräche vereinbart.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ->



ZUM KRIEG

Die Belegschaftsliste sagt NEIN zum Krieg.
Lesen Sie unsere Position auf Seite 4.

Rebound

Den Kolleginnen und Kollegen, die von ihren Institutsleitern auf die Freistellungslisten gesetzt wurden, läuft langsam die Zeit davon. Anfang März sollen die ersten Betroffenen aus ihren Arbeitsbereichen ausscheiden und – wenn bis dahin keine andere Lösung gefunden wurde – in den Flexi – Pool versetzt werden.

Wurde im November und Dezember bei diversen Anlässen von Betriebsräten noch auf den Putz gehauen, Arbeitszeitverkürzungen, Interessenausgleich und Sozialauswahl gefordert bzw. angekündigt, so muss heute festgestellt werden:

Alles nur Sprüche!

Richtig ist, dass eine ganze Reihe

von Beschäftigten in Altersteilzeit und Vorruhestand gehen. Auch haben einige die Abfindung genommen und sehen sich anderweitig nach einem Job um. Und es sind einige wenige freie Arbeitsplätze besetzt worden. Bei allen diesen Maßnahmen ist der Betriebsrat eigentlich nicht der Initiator.

Doch was hat der Betriebsrat getan?

Arbeitszeitverkürzung? Wir glauben nicht, dass hier von IG BCE ein echtes Interesse bestanden hat, was zu vereinbaren. In AI hatten sich Schulte und Co die Lorbeeren, die den Mitarbeitern zustehen, versucht anzuheften. Interessenausgleich? Es ist

nicht zu erkennen, das hierzu etwas stattgefunden hat.

Sozialauswahl?

- Ebenfalls nichts. Stattdessen kommt die IG BCE, denen mittlerweile ihre paar Mitglieder (die sie noch hat) den Rücken zukehren, nach Geheimverhandlungen mit einem „Beschäftigungspakt“.

Der Betriebsratsvorsitzende Beumann hat zu diesem Papier gesagt, dass es eine Interpretation zur Standort-sicherung sei. Wenn es nur das wäre, könnte man beruhigt sein. Aber tatsächlich ist dieser Hochglanz-Broschüren-Pakt eine Kapitulation vor dem Ansinnen der Bayer AG, bis 2005 weitere 5200 Arbeitsplätze zu vernichten.

Fortsetzung Titelseite:

Beschäftigungspakt - nur heiße Luft!?

Fazit

Nein, nur heiße Luft ist diese Vereinbarung nicht. Sondern ein klares Bekenntnis der IG BCE und ihrer Betriebsräte zum Sparen, Flexibilisieren, Beruhigen und zum Personalabbau.

Die neue Vereinbarung bringt keine inhaltlichen Neuerungen, bei denen das Stichwort Arbeitsplatzabsicherung auch nur ansatzweise gerechtfertigt wäre.

Und die alten Standortvereinbarungen mit allen Nachteilen gelten nach wie vor weiter.

Es ist für beide Seiten – Bayer und IG BCE – eine offensichtlich notwendige Propagandamaßnahme. Denn Bayer braucht Ruhe im Laden und kann demotivierte, verärgerte Beschäftigte zur Zeit gar nicht gebrauchen. Und der IG BCE laufen trotz aller Hochglanzbroschüren die Mitglieder davon. Es darf allerdings trotzdem gefragt werden, warum monatelang im Geheimen für diese Papier Zeit verschwendet wurde.

Stimmen von Betroffenen des Arbeitsplatzabbaus im Forschungszentrum am Tage der Bayer- und IG BCE- Propaganda:



Klaus Moll, PH-R-HK, Geb. 500:

Was steht jetzt eigentlich in der "neuen" Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung" außer ein paar beschönigende

Worte und Appelle an die Teilkonzerne? Hoffen wir, dass es nicht dabei bleibt, sondern, dass auch wirklich etwas getan wird. Vor allem interessiert mich, was aus den angekündigten Qualifizierungsmaßnahmen wird!

Christian Ley, PH-R AI, Geb. 405:

Mir wurde mündlich ein Termin genannt, zu dem mein Arbeitsplatz wegfallen und eine Versetzung in den Pool „Bedarfsgerechte Einsätze“ erfolgen sollte. Bis heute ist aber unklar, was das konkret zu bedeuten hat. Wo soll ich dann hin? Wer ist dann mein Ansprechpartner / Vorgesetzter? Ich erhielt eine mündliche Zusage zu eine Weiterbeschäftigung über den Freistellungstermin hinaus. Meine schriftliche Anfrage zu einem Gespräch, um konkrete Fragen zu klären (Weiterbeschäftigung als Freigestellter oder nicht?, konkreter Ablauf, Vorgesetzter...?) wurde leider nicht beantwortet. Aber ich möchte die Hoffnung auf Lösungen bei Bayer nicht aufgeben. Trotzdem bleibt die Ungewissheit zwischen Hoffen und Bangen! Die Personalpolitik muss durchsichtiger werden!



Betriebsräte der Belegschaftsliste: V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;

Gonda Dörschelln, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2816

Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb.54, Tel. 7543

Björn Reitz, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2765

Beatrix Sasermann, PH-R EU SID, Geb. 459, Tel. 4284

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546

Gabi Stallony, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519

Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB, Betr.2/4, Geb.16, Tel. 2567

Erste Ersatzmitglieder:

Ulrich Franz, PH-R EU-CF, Geb. 455, Tel. 4475

Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Hilburg Konopka PH-R AI 3, Geb. 405, Tel. 8204

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Der Pool kommt...

„Keiner wird seinem Schicksal überlassen...“ schrieb die IG BCE am 12. Februar im Hochglanzflugblatt. Die betroffenen Beschäftigten fühlen sich verhöhnt.

Bayer hat seine Listen mit „freigestellten Mitarbeitern“ im Dezember bzw. Januar bekannt gegeben. Den betroffenen Beschäftigten wird der Eindruck vermittelt, bei Bayer gibt's nichts mehr für sie - Aufhören sei die Lösung. Oder sie werden in den Pool „bedarfsgerechte Einsätze“ versetzt. In ihrer Unsicherheit werden sie vom Unternehmen, aber auch vom Betriebsrat und der IG BCE alleine gelassen.

Jetzt bieten Bayer und sein BR als heilbringende Lösung: Versetzung in eine allgemeine Abteilung, die wie ein Verleihunternehmen funktionieren soll: Den Pool „bedarfsgerechte Einsätze“.

Wir erinnern uns:

Als die Elberfelder IG BCE-Mehrheit im Betriebsrat der Betriebsvereinbarung „Bedarfsgerechte Einsätze“ als Anlage zur letzten Standortsicherung ausdrücklich zustimmte, ließ Vorsitzender Beumann keine Gelegenheit aus, zu betonen,

„...dass diese Vereinbarung für Elberfeld wohl nie Bedeutung haben werde und nur das allerletzte Mittel darstelle...“.

Wir hatten schon damals erhebliche Zweifel und die Vereinbarung als katastrophal bezeichnet – aber da galten wir in den Augen der „ober-schlauen“ Gewerkschaftsvertreter nur als Schwarzmalen.

In Kürze „dürfen“ einige Kolleginnen und Kollegen die Errungenschaft des Gesamtbetriebsrates am eigenen Leib erleben.

Arbeitsdirektor Pott in Bayer aktuell vom 12.2.03: „Wir wollen erreichen, dass die betroffenen Mitarbeiter einem Wechsel ihres Arbeitsplatzes möglichst positiv gegenüberstehen und für ihre neuen Aufgaben motiviert sind“.

Was erwartet die betroffenen Mitarbeiter denn "Großartiges"?

Bereits ab 1. März sollen einzelne Elberfelder Kolleginnen in den Pool „bedarfsgerechte Einsätze“ versetzt

werden. Das bedeutet, sie müssen ihren bisherigen Arbeitsplatz verlassen. Sie sollen – so der Wunschgedanke – irgendwo im Konzern, im Umkreis von 100 km mit einer Vorlaufzeit von bis zu 3 Tagen mit anderer Arbeit versorgt werden. Wo auch immer Personalbedarf auftaucht, können die vom Unternehmen ausgesuchten Mitarbeiter eingesetzt werden, auch unterhalb ihrer Qualifikation oder als Leiharbeitnehmer außerhalb des Konzerns.

Dies lobt auch Gesamtbetriebsratsvorsitzender Gipperich, IG BCE: „Wir müssen mehr Flexibilität zeigen. Unter Umständen auch Mobilität...“



Und bist du nicht willig, so ...

Die MitarbeiterInnen sollen sich mit ihrer Versetzung in den Pool bedarfsgerechte Einsätze einverstanden erklären. Ein entsprechender Zusatz zum Arbeitsvertrag wird ihnen vorher zur Unterschrift vorgelegt. Wir empfehlen, die Unterschrift nur mit dem Zusatz „vorbehaltlich einer rechtlichen Prüfung“ zu leisten.

Denn Gesamtbetriebsrat und Unternehmen haben mit der Standortsicherungsvereinbarung vereinbart, dass bei Zustimmungsverweigerung betriebsbedingt gekündigt werden kann. Alles sozialverträglich.

Da darf es auch niemanden mehr wundern, dass der jetzt vereinbarte sog. „Beschäftigungspakt“ in vollständiger Einigkeit von Unternehmen, Betriebsrat und IG BCE vereinbart wurde.

Nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben:

Rationalisierung in der Hauptwerkstatt

Dr. Burkhardt präsentierte im Januar seine Vorstellungen zur Elberfelder Hauptwerkstatt. Hier die Schlaglichter:

- ▶ Einsparvolumen 1,1 Mio EUR = von 16,3 Mio EUR auf 13,1 Mio EUR Betriebskosten + 2,1 Mio EUR Fremdleistung
- ▶ Konzentration der Werkstattaktivitäten auf die Geb. 156/160
- ▶ Anpassung der Personalstärke und Qualifikationen

Anpassung der Personalstärke bedeutet:

Stand 31.12.2004:	170 Mitarbeiter
Bedarf:	137 Mitarbeiter
Abzubauen:	33 Mitarbeiter

Der Abbau soll erreicht werden durch:

Altersstruktur (53-54):	15 MA
Wechsel nach PH-OP-Lev:	8 MA
"Natürliche Fluktuation":	7 MA
Summe:	= 30 Mitarbeiter

Zeigt die Gegenwehr der MitarbeiterInnen des Forschungszentrums Wirkung?

Die Aussagen von Dr. Burkhardt zur Personalanpassung unterscheiden sich vom Handeln im Forschungszentrum in einigen Punkten doch wesentlich:

"Wir haben keine zeitliche Begrenzung - wenn also erst 2006 eine Maßnahme aktiv wird, dann ist das so. Es wird kein Druck auf die Mitarbeiter, einer personellen Maßnahme zuzustimmen, ausgeübt. Sobald neue Aktivitäten ins Werk kommen müssen die Zahlen nach oben korrigiert werden".

Aufgegeben werden die folgenden Gewerke:

Holz- und Blechverarbeitung, Kunststoffverarbeitung, mechanische Bearbeitung (Neuanfertigung + spezielle Teile), Fördertechnik und die Baugewerke.

Das Gebäude 300 soll an externe Interessenten vermietet werden.

Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen. Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort: Hochwald/Belegschaftsliste

Immer offensichtlicher steuern die USA und Großbritannien auf einen Krieg gegen den Irak zu. Die Vollmacht dazu hat der amerikanische Kongress bereits im November erteilt. Der Truppenaufmarsch ist fast komplett. Auf das Ergebnis der Waffeninspektoren der UNO im Irak scheint es nicht mehr anzukommen. Die amerikanische Regierung zeigt sich ungeduldig und wird sicherlich einen Vorwand finden, um einen Verstoß des Irak gegen irgendwelche Auflagen zu behaupten. Bisher genannte Anlässe für einen solchen Krieg sind nicht beweisbar. Mit dem Kampf gegen den Terrorismus kann dieser Krieg überhaupt nichts zu tun haben, weil eine Verbindung mit dem 11. 9. 01 nicht existiert und keine irakische Beteiligung an Anschlägen vorliegt. Mit Sicherheit aber wird dieser Krieg zur Destabilisierung einer ganzen Region beitragen, sowie die Basis für Terroranschläge verbreitern und das Völkerrecht in seiner Verbindlichkeit durch die Missachtung der USA schwächen. Es gibt keine berechtigten Zweifel am undemokratischen, despotischen Charakter des Regimes des Irak. Seine politische Klasse ist ohne

Zweifel skrupellos und menschenverachtend. Allerdings darf hier nicht vergessen werden, dass die USA dieses Regime vor Jahren in den Sattel gehoben und diese Zustände erst ermöglicht hat. Aber es wird ein Land angegriffen, d e s s e n Bevölkerung sich bis heute nicht von den Folgen des letzten Krieges erholt hat. Die damals benutzte abgereicherte Uranmunition hat zu Krebs und Missbildungen geführt. Das Embargo für medizinische Geräte hat sehr viele Menschen, vor allem Kinder, getötet. Einen "sauberen" Krieg in Erwägung zu ziehen ist Menschenverachtung ohnegleichen. In einer Zeit, in der sich die amerikanische Regierung als unaufholbar stärkste militärische Macht der Welt sieht und vorsorgliche Angriffskriege wie einen atomaren Erstschatz als Möglichkeiten erwägt, steht ungeheuer viel für die gesamte Menschheit auf dem Spiel.

Dieser Krieg darf nicht stattfinden! Deutschland darf sich an diesem Krieg weder aktiv noch passiv beteiligen! - Das schließt ein: offensives Vertreten eines Nein zum Irak-Krieg in der EU, im Sicherheits-



Demozug am 15.2.2003 in Wuppertal - Barmen

rat der UN und überall sonst auf der Welt und auf unseren Straßen. Weltweit haben am 15.2.03 Millionen von Menschen gegen den drohenden Irakkrieg demonstriert. Auch in Wuppertal beteiligten sich über 3000 Leute an einer Friedensdemo. Im November vergangenen Jahres hatten die Teilnehmer des Europäischen Sozialforums in Florenz für diesen Tag Antikriegsdemonstrationen in den europäischen Hauptstädten verabredet.

Das Wuppertaler Bündnis gegen Krieg und Terror ruft alle Kriegsgegner am ersten Kriegstag zum Protest um 17:00 Uhr auf dem Willy- Brandt- Platz auf.

Geheimdienstinformationen dürfen nicht über Krieg oder Frieden entscheiden. Die USA haben ein langes Schuldregister der Desinformation. Noch gut im Gedächtnis sind die 250.000 irakischen Soldaten, die im ersten Golfkrieg angeblich zum Sturm auf Saudi-Arabien bereit standen und sich bei näherem Hinsehen in Luft auflösten. Nicht vergessen sind die 312 kuwaitischen Babys, die irakische Soldaten angeblich aus den Brutkästen holten - eine PR-Ente, um den US-Kongress zur Bewilligung der Kriegsmilliarden zu bewegen. Der zehnjährige Vietnamkrieg wurde, wie die Welt heute weiß, durch eine organisierte Provokation im Golf von Tongking im August 1964 ausgelöst. Die jüngsten „Erkenntnisse“ des britischen Geheimdienstes sprechen ebenfalls für sich.

Werksbuslinie – können Sie sich erinnern ?

Mitte 2002 wurde auf Veranlassung des Werksleiters von der Linden die Werksbuslinie eingestellt. Er meinte im Betriebsrat, dass die damaligen Nutzer doch die 1450 EUR pro Person und Jahr an Kosten doch selber tragen könnten. Im Oktober 2002 teilten die Verkehrsbetriebe über Lotus Notes allen Beschäftigten mit, wie teuer der Werks- PKW bzw. Kleinbus für die nutzende Abteilung kommt. 0,65 EUR je Kilometer für den PKW (für 4 Personen), 0,85 EUR für den Kleinbus (für 6 Personen). Bei diesen Preisen kommen wir auf einen Auf-

wand von ca. 400 EUR pro Person im Jahr. Mal abgesehen, dass die Begründung und die Zahlen des Werksleiters offensichtlich falsch waren, stellt sich bei der permanenten Parkraumnot die Frage, ob nicht doch ein Pendelbus zwischen Forschungszentrum, dem Werk an der Wupper und dem Parkhaus eine sinnvolle und finanzierbare Möglichkeit wäre. Viele Beschäftigte wären dankbar und der Werkschutz könnte andere Aufgaben erledigen, als wöchentlich tausende Knöllchen zu verteilen.

Elberfelder Betriebsrat zurückgetreten

Nein, nicht das ganze Gremium trat zurück, obwohl diese Forderung in den letzten Wochen mehrfach in der Belegschaft diskutiert wurde. Kollege Klaus Bergmann, Betriebsratsmitglied für die Liste der IG BCE und seit letztem Jahr für den Betriebsrat von der Arbeit freigestellt, ist zum 1.2.2003 von seinem Amt zurückgetreten und verlässt den Betriebsrat. Klaus Bergmann beginnt eine Ausbildung beim Elberfelder Werkschutz. Wir wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute. In den Betriebsrat rückte für die Liste der IG BCE Rainer Brinkschulte, PH-R-SID, nach; für den Betriebsrat freigestellt wurde Gudrun Kiesler (IG BCE).

Wuppertaler Sozialforum

An dem Sozialforum Ende Januar 2003 nahmen an den drei Tagen rund 350 Menschen aus Wuppertal und Umgebung teil.

Und denen wurde in der Tat einiges geboten. Workshops und Podiumsdiskussionen, thematisch gefächert von der Anti-Coca-Cola-Kampagne (Raul Zelik) über den militärisch-industriellen Komplex in Deutschland (Winfried Wolf) bis zum Hartz-Konzept, Abbau von Sozialleistungen und Privatisierungen in Wuppertal.

Eingeleitet wurde das Wuppertaler Sozialforum am Freitag den 24.1. mit einem Vortrag von Prof. Frank Deppe zum Thema Krieg.

Porto Alegre in Wuppertal

Interessant war die Live-Berichterstattung aus Porto Alegre. Insbesondere die Schilderung der Aktivitäten in Lateinamerika. Hiervon können deutsche Gewerkschafter noch einiges lernen.

Auch demonstrierten knapp 500 Men-



schen im Rahmen der Tagung des Wuppertaler Sozialforums "Gegen Neoliberalismus und Krieg" am Samstag Vormittag in Wuppertal in der Innenstadt.

Elfenbeinturm

Vollkommen überfüllt mit 170 Zuhörern, davon einige außerhalb des Saales, war die Podiumsdiskussion aus dem "Elfenbeinturm" mit Prof. Maria Mies, Prof. Günther Borchert, Dr. Winfried Wolf, Prof. Manfred Baum und Moderator Prof. Erhard Scholz. Diskutiert wurde das Verhältnis von Wissenschaftlern und deren Einfluss auf die Politik.

In dem von Prof. Maria Mies geleiteten Workshop "Globalisierung von unten" wurde dieses Thema anschließend noch ausführlicher behandelt.

Wuppertal konkret

Der am dritten Tag anwesende, frisch gewählte SPD-Unterbezirksvorsitzende Wuppertals, Dietmar Bell, hatte keinen leichten Stand, als er im Forum "Privatisierung in Wuppertal ma-

de by Neoliberalismus" auftrat. PDS Stadtrat G.-P. Zielezinski und WSW-Betriebsrat G. Wassermann

wiesen anhand des nicht öffentlichen "WSW-Verkaufsvertrages" und der betrieblichen Situation nach, dass der Teilverkauf der "Stadtwerke" durch eine Stadtratsmehrheit von CDU/FDP/SPD/G

rünen hohen Schaden für die Beschäftigten und die Stadt bringt. Dietmar Bell, der gleichzeitig Geschäftsführer von Ver.di Wuppertal ist, führte aus, dass in anderen Städten die Situation schlechter sei und dass Ver.di einige Kampagnen gegen den Ausverkauf der Stadt initiiert hatte. Von den über 90 Teilnehmern wurde diesbezüglich mehr und weitere Initiativen gefordert!

Grossen Anklang fand die Veranstaltung mit Raul Zelik über Venezuela und Kolumbien. Konkret wurde die Regierung in Kolumbien aufgefordert, den unter Anklage und Hausarrest stehenden Gewerkschafter der Erdölarbeiter Hernando Hernandes frei- und die getürkte Anklage fallen zu lassen. In Kolumbien wurden, neben vielen anderen, im Jahr 2002 über 200 Gewerkschafter von den Paramilitärs, eine von der Regierung gesteuerte Armee, ermordet.

Über 60 Teilnehmer nahmen am Sonntag früh am Workshop "Wie viel Sozialleistung kann abgebaut werden?" teil. Dabei wurden die Hartzkommissionsvorschläge als Angriff auf die Arbeitslosen definiert. Gleichzeitig würden die Konzepte ein weiteres Ausbluten der Städtefinanzen bedeuten, weil Arbeitslose "nach Hartz" schnell in die von den Städten zu finanzierende Sozialhilfe fallen.

Gegen Ende der Veranstaltung des Wuppertaler Sozialforum wurde beschlossen, das Sozialforum weiter zu führen u.a. mit Aktionen

- gegen den Krieg,
- zum 1. Mai 2003,
- gegen Sozialabbau
- und für die Einflussnahme der Bürger auf politische Entscheidungen in Wuppertal.



Antrag zur Fort- und Weiterbildung für die von Freistellung betroffenen KollegInnen

Die Belegschaftsliste stellte auf der Betriebsrat-Sitzung am 20.2.03 einen Antrag zur Verbesserung der Situation der von Freistellung betroffenen KollegInnen zum Punkt Fort- und Weiterbildung. Kern des Antrags ist es, allen betroffenen MitarbeiterInnen die Möglichkeit zu geben, ihre jeweiligen Vermittlungschancen durch Bildungsmaßnahmen zu erhöhen - und zwar unabhängig davon ob ein konkreter Ersatzarbeitsplatz bereits in Aussicht ist oder nicht.

Nach Auffassung der Belegschaftsliste müssen alle Bildungsmaßnahmen von internen Seminaren bis hin zu externen Umschulungen den MitarbeiterInnen zugänglich gemacht werden - ganz im Sinne der Personalchefin "... wir können über alles reden...", oder war das auch nur heiße Luft?

Der Betriebsrat hat unseren Vorschlag einstimmig angenommen. Als es aber anschließend darum ging, eine Verhandlungskommission zu bilden, war außer den Betriebsräten der Belegschaftsliste niemand bereit, daran teilzunehmen. Eine Verhandlungskommission, nur aus Mitgliedern der Belegschaftsliste, hätte dem Arbeitgeber mehr als deutlich signalisiert, dass der Betriebsrat als Organ den Vorschlag nicht wirklich mitträgt. Aus diesen Grund haben wir vorgeschlagen, den Jugend- und Bildungsausschuss des Betriebsrates mit den Verhandlungen zu beauftragen. Dies fand im Betriebsrat allerdings keine Mehrheit.

Wir erwarten, dass nun der Betriebsratsvorsitzende den einstimmigen Beschluss zur Verbesserung der Qualifizierungschancen umsetzt.

Mieterhöhung und andere Folgen

Mit dem Verkauf der BayWoGe und der jetzt erfolgten Kündigung der entsprechenden Gesamtbetriebsvereinbarung zu Werkwohnungen hat Bayer dem Weg für Mieterhöhungen freigemacht.

Was bedeutet das für den Mieter?

- ▶ Der Abschlag von 11% vom jeweiligen Mietspiegel-Mittelwert fällt weg.
- ▶ Die Miete wird um 11% erhöht.

So einfach ist es aber für den Vermieter nicht.

1. Die letzte Mieterhöhung muss nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuch mindestens 12 Monate zurück liegen.

Beispiel: Erfolgte die letzte Mieterhöhung zum 01.08.2002, so kann eine Mieterhöhung frühestens zum 01.08.2003 erfolgen.

2. Die maximale Mieterhöhung darf nur 20% innerhalb von 3 Jahren betragen. Die genauen Zeitpunkte und Mieterhöhungspreise können für verschiedene Mieter unterschiedlich sein. Hausmeisterkosten dürfen nur eingesetzt werden wenn auch Hausmeistertätigkeiten anfallen. Dies ist bei der BayWoGe in den Häusern Sillerstrasse, Friedrich-Bayer-Strasse und Duisbergstrasse bislang nicht der Fall. Auch dann wenn die BayWoGe Hausmeisterkosten in der Betriebskostenabrechnung aufführt, sind sie deshalb nicht zu bezahlen. Die rechtlichen Voraussetzungen fehlen schlicht. Die Hausmeisterkosten sind dementsprechend monatlich von der Gesamtmiete zu kürzen.

3. Sie sollten den automatischen Abzug der Miete vom Gehalt kündigen. Die BayWoGe ist kein Bayerunternehmen mehr, sondern gehört zu einem Fremdunternehmen (THS). Durch die Kündigung der Gesamtbetriebsvereinbarung Einrichtung Werkwohnungen der Bayer AG zum 31.12.2002 fehlt die Rechtsgrundlage des Einbehalten vom Bayerentgelt. Im Mieterhöhungsschreiben der BayWoGe steht folgender Satz:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, werden wir das Mietkasso in der bisherigen Form vornehmen (in der Regel Gehaltsabzug). Unsere Anmerkung: Dieses Einverständnis können Sie mit Wirkung zum (Datum angeben!) widerrufen.

Die Miete ist dann bis zum 3. Werktag eines jeden Monats an die BayWoGe auf das Konto bei der Aareal Bank AG Essen (Konto-Nr: 6363009676,

Bankleitzahl: 36010424) unter Angabe der Mietnummer einzuzahlen.

Dadurch ergeben sich bessere Handlungsmöglichkeiten der Mietminderung für den Mieter bei Mietmängel. Die BayWoGe müsste dann klagen und nicht der Mieter. Denn eine Mieterhöhung wegen Hausmeisterkosten verweigern geht nur, wenn man Miete selber einzahlt und kein Gehaltsabzug stattfindet.

4. Wenn die BayWoGe auf Zustimmung der Mieterhöhung durch Klage droht, dient dies der Einschüchterung der Mieter. Ein Mie-



Arbeitsplatzabbau..... Arbeitsplatzumbau..... Arbeitsplatzaufbau.....

- ▶ Laut Dr. Burkhardt ist auch im IT-Bereich eine „Personalanpassung“ nötig: in PH5 von 3 auf 2 PLT - Ingenieure und in PH4 von 2 auf 1 Ingenieure.
- ▶ Es laufen Verhandlungen mit einer BioTech Firma über eine Ansiedlung im Tal.
- ▶ Die Umweltanalytik mit ihren ca. 10 Beschäftigten ist in das Visier der Sparminister gekommen. Angeblich soll Herr Paul, der schon erfolgreich die Hauptwerkstatt zerschlagen hat, diese Abteilung untersuchen.
- ▶ Nach Vorstellungen vieler Beschäftigten könnten die 23 Betriebsräte (davon 7 Freigestellte) sinnvoll und ohne Schaden für die Belegschaft eingespart werden.
- ▶ Die interne Post- und Paketverteilung soll jetzt wieder von eigenen Beschäftigten übernommen werden - nachdem diese Tätigkeiten vor Jahr und Tag an eine Fremdfirma vergeben und das Personal wegrationalisiert wurde. Hier könnten freigesetzte Mitarbeiter eingesetzt werden.

ter hat sich hierdurch nicht beeindruckt lassen: Die BayWoGe verzichtet im konkreten Fall auf Hausmeisterkosten, ebenso hat sie zugestimmt, die Miete nicht mehr per Gehaltsabzug einzuziehen.

Fazit: Bleiben Sie als Mieter hartnäckig. Denn viele Auskünfte der BayWoGe in der Vergangenheit waren und sind nicht haltbar. Auskünfte erteilen auch der Bergische Mietering, der Mieterverein Wuppertal, die Verbraucherberatung, Anwälte - oder ihre Betriebsräte.

